

SV 23 14

[Urteil BGer 8C_12/2024 vom 4. Juli 2024/Abweisung](#)

Entscheid vom 20. November 2023
Sozialversicherungsabteilung

Besetzung

Vizepräsidentin Barbara Brodmann, Vorsitz,
Verwaltungsrichterin Dr. med. Carole Bodenmüller,
Verwaltungsrichter Stephan Zimmerli,
Gerichtsschreiber Silvan Zwysig.

Verfahrensbeteiligte

A.____,
vertreten durch seine Ehefrau **B.**____,

Beschwerdeführer,

gegen

Ausgleichskasse Nidwalden,
Stansstaderstrasse 88, Postfach, 6371 Stans,

Beschwerdegegnerin.

Gegenstand

Ergänzungsleistungen

Beschwerde gegen den Einspracheentscheid der Ausgleichs-
kasse Nidwalden vom 15. Juni 2023.

Sachverhalt:

A.

Am 30. September 2022 meldete B.____ («Ehefrau») ihren 1943 geborenen Ehegatten A.____ («Beschwerdeführer»), unter Auflage zahlreicher Unterlagen bei der Ausgleichskasse Nidwalden zum Bezug von Ergänzungsleistungen an (AK-act. 27). Ihre Einkünfte würden sich auf die monatliche Rente der Ehefrau von Fr. 2'150.– bzw. des Beschwerdeführers von Fr. 3'189.– (inkl. Hilflosenentschädigung) beschränken; Vermögen hätten sie nicht.

Mit Verfügung vom 15. Februar 2023 (AK-act. 54) wies die Ausgleichskasse das Gesuch um Ergänzungsleistungen ab. Unter Berücksichtigung eines unbelegten Vermögensrückgangs in den Jahren 2000-2003, 2005 und 2007-2009 überschreite ihr Vermögen die Vermögensschwelle von Fr. 200'000.–. Die dagegen erhobene Einsprache wurde nach Überprüfung des angefochtenen Entscheids sowie der neuen Beweisunterlagen mit Entscheid vom 15. Juni 2023 abgewiesen (AK-act. 74).

B.

Dagegen liess der Versicherte durch Rechtsanwalt Fessler mit Eingabe vom 10. Juli 2023 Beschwerde beim Verwaltungsgericht Nidwalden erheben und folgende Anträge stellen:

- «1. Der Einspracheentscheid vom 15.06.2023 sei aufzuheben, und dem Beschwerdeführer seien die ihm gesetzlich zustehenden Leistungen zuzusprechen.
2. Eventualiter sei der Einspracheentscheid vom 15.06.2023 aufzuheben und die Sache zur Neuberechnung des EL-Anspruchs im Sinne der nachstehenden Ausführungen an die Beschwerdegegnerin zurückzuweisen.
3. Unter (Kosten- und) Entschädigungsfolge zu Lasten der Beschwerdegegnerin.»

Wiederum wurde neues Beweismaterial (BF-Bel. 1-16) aufgelegt.

C.

Mit Verfügung vom 21. Juli 2023 wurde Rechtsanwalt Fessler aufgefordert, innert 10 Tagen eine Anwaltsvollmacht und den Nachweis für den Eintrag in das Anwaltsregister aufzulegen. Sollte er nicht in einem Anwaltsregister eingetragen sein, sei die Beschwerde zu verbessern, indem die Beschwerdeschrift vom Beschwerdeführer bzw. der vertretungsberechtigten Ehefrau zu unterzeichnen und innert 10 Tagen neu einzureichen sei.

D.

Am 26. Juli 2023 wurde die verbesserte, von der vertretungsberechtigten Ehefrau unterzeichnete Beschwerdeschrift eingereicht. Rechtsanwalt Fessler wird in der verbesserten Rechtschrift nicht mehr als Vertreter oder Zustelladresse aufgeführt.

E.

Die Ausgleichskasse schloss mit Vernehmlassung vom 1. September 2023 auf kostenfällige Abweisung der Beschwerde. Gleichzeitig überwies sie das Versichertendossier (AK-act. 1 ff.).

F.

Ein zweiter Schriftenwechsel wurde nicht angeordnet (Art. 6 SRG [NG 264.1]). Der Beschwerdeführer liess mit Eingabe vom 26. September 2023 weitere Belege (BF-Bel. 16-20) einreichen.

G.

Die Ausgleichskasse nahm am 5. Oktober 2023 zur Noveneingabe Stellung.

H.

Die Sozialversicherungsabteilung des Verwaltungsgerichts Nidwalden hat die vorliegende Beschwerdesache anlässlich der Sitzung vom 20. November 2023 abschliessend beraten und beurteilt. Auf die Ausführungen in den Rechtsschriften sowie die eingereichten Unterlagen wird, soweit erforderlich, in den nachstehenden Erwägungen eingegangen.

Erwägungen:

1.

1.1

Der angefochtene Einspracheentscheid vom 15. Juni 2023 ist in Anwendung des ELG (SR 831.30) ergangen. Gemäss Art. 56 Abs. 1 ATSG, der auf das Ergänzungsleistungsrecht anwendbar ist (Art. 2 ATSG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 ELG), kann gegen Einspracheentscheide der Ausgleichskasse beim zuständigen kantonalen Versicherungsgericht (Art. 58 Abs. 1 ATSG) Beschwerde erhoben werden. Der Verfügungsadressat hat Wohnsitz im Kanton Nidwalden, womit die örtliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Nidwalden gegeben ist. Sachlich zuständig ist die Sozialversicherungsabteilung (Art. 33 Abs. 2 und Art. 39 GerG [NG 261.1]). Nachdem auch Frist und Form (Art. 60 und Art. 61 lit. b ATSG) eingehalten sind, ist auf die verbesserte Beschwerde vom 26. Juli 2023 einzutreten.

1.2

Im Verfahren vor dem Sozialversicherungsgericht gilt grundsätzlich der Untersuchungsgrundsatz (s. Art. 61 lit. c ATSG). Indes wird die Maxime rechtsprechungsgemäss von den Mitwirkungspflichten der Parteien beschränkt. Zu diesen gehört in erster Linie die Begründungs- und Rügepflicht, die gerade beinhaltet, dass die wesentlichen Tatsachenbehauptungen und -bestreitungen in den Rechtsschriften enthalten sein müssen. Zudem sind an den Untersuchungsgrundsatz geringere Anforderungen zu stellen, wenn die Parteien durch Anwälte respektive ihren Rechtsdienst vertreten sind (BGE 146 V 240 E. 8.3.2; ausführlich: PETER FORSTER, in: Stauffer/Cardinaux [Hrsg.], Rechtsprechung des Bundesgerichts zum ATSG, 2021, N 41 f. zu Art. 61 ATSG).

Mit Eingabe vom 26. September 2023 reichte der Beschwerdeführer nach Abschluss des Rechtsschriftenwechsels nochmals weitere Belege (BF-Bel. 16-20) ein und ersuchte um deren Berücksichtigung. Es wird nicht ausgeführt, weshalb diese bereits existierenden Belege nicht schon zusammen mit der Anmeldung, mit der Einsprache oder zuletzt mit der Beschwerde eingereicht worden sind. Auch wird mit keinem Wort begründet, inwiefern sich aufgrund dieser Unterlagen eine Aufhebung oder Änderung des angefochtenen Einspracheentscheids aufdränge. Es ist – ohne Substantiierung in der Rechtsschrift – nicht Sache des Gerichts, in den Beweismitteln der Parteien nach Argumenten für deren Standpunkte zu suchen. Zuzufolge einer Verletzung der Begründungs- und Rügepflicht bleiben die mit Eingabe vom 26. September

2023 erstmals eingereichten Belege unbeachtlich. Die BF-Bel. 16-20 wären bereits mit der Beschwerde vom 10. Juli 2023 vorzubringen gewesen, zumal der Beschwerdeführer im Einspracheverfahren und beim Verfassen der Beschwerde noch anwaltlich vertreten resp. beraten wurde.

2.

Der Beschwerdeführer rügt in formeller Hinsicht – worauf vorab einzugehen ist (BGE 132 V 387 E. 5.1) – eine unzulässige Beweisverwertung (nachfolgende E. 3) sowie in der Sache eine unzulässige «Lebensführungskontrolle» (E. 4). Ferner behauptet er weitere abzugsfähige Auslagen (E. 5).

3.

3.1

Zusammen mit der Anmeldung vom 30. September 2022 (AK-act. 27) reichte der Beschwerdeführer der Ausgleichskasse zahlreiche Unterlagen (AK-act. 3-25) ein, um den behaupteten EL-Anspruch zu belegen. Miteingereicht wurden auch Steuerunterlagen, namentlich die Veranlagungen aus den Jahren 1995 bis 2021 (AK-act. 24). Die Ausgleichskasse berücksichtigte diese Unterlagen in ihren Entscheiden und ermittelte für diverse Jahre im Sinne der EL-Gesetzgebung als Einkommen anrechenbare Vermögensverzichte, unter anderem in den Jahren 2000 und 2001.

3.2

Der Beschwerdeführer stellt sich in seiner Beschwerde (Ziff. 3.2, S. 8 f.) auf den Standpunkt, die für die Jahre 2000 und 2001 ermittelten Verzichte seien nicht zu berücksichtigen. Das Staatsarchiv bewahre die Steuerveranlagungen erst ab 2002 auf. «Steuerveranlagungen, die Jahre vor 2002 betreffen, hätten somit offiziell nicht als existent zu gelten und dürften daher von den Verwaltungsbehörden nicht zu Ungunsten der Versicherten verwendet werden, wenn diese in offenkundiger Unkenntnis der für sie negativen Folgen solche Unterlagen einreichen.» Die Ausgleichskasse habe die handelnde Ehefrau nicht darauf hingewiesen, dass eine Einreichung älterer Steuerunterlagen nachteilig sein könnte, womit sie sich treuwidrig verhalten und ihre Aufklärungspflicht nach Art. 27 ATSG verletzt habe.

3.3

Im Sozialversicherungsverfahren gilt der Untersuchungsgrundsatz (Art. 43 Abs. 1 ATSG). Es sind keinerlei Gründe oder Vorschriften ersichtlich, die eine Berücksichtigung der Steuerunterlagen des Beschwerdeführers aus den Jahren 2000 und 2001 untersagen würden, zumal es sich dabei um in der Sache relevante Urkundenbeweise handelt. Sodann war der Beschwerdeführer im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht (Art. 28 Abs. 2 ATSG) gar dazu verpflichtet, die vorhandenen, zweckdienlichen Unterlagen beizubringen, und zwar unabhängig davon, ob dies zu seinem Vor- oder Nachteil ist. Ob und wie lange amtliche Dokumente vom Staatsarchiv aufbewahrt werden, ist unerheblich. Es existiert kein diesbezügliches Beweisverwertungsverbot. Auch sind keine Rechte und Pflichten ersichtlich, über welche die Ausgleichskasse den Beschwerdeführer (bzw. dessen Ehefrau) gemäss Art. 27 ATSG hätte aufklären müssen, es aber nicht getan hat. Ein treuwidriges Verhalten oder eine Verletzung der Aufklärungspflicht fällt nach Gesagtem ausser Betracht.

4.

4.1

Im angefochtenen Einspracheentscheid hält die Ausgleichskasse fest, in casu habe man die Vermögensabnahmen in den Jahren 2000 bis 2009 beurteilen müssen. Die Anwendung der Bestimmungen über den übermässigen Vermögensverbrauch (Art. 11a Abs. 3 und 4 ELG) auf die vorliegende EL-Berechnung sei damit ausgeschlossen. Das Verzichtvermögen sei gemäss Rz. 3532.10-12 WEL zu berechnen, was das Bundesgericht mit Urteil 9C_667/2021 vom 17. Mai 2022 geschützt habe.

4.2

Der Beschwerdeführer stellt sich in seiner Beschwerde (Ziff. 3.1, S. 3-8) auf den Standpunkt, die von der Ausgleichskasse zur Ermittlung des anrechenbaren Verzichtvermögens gemäss aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG angewendete Rz. 3532.10-12 WEL verletze den Grundsatz, wonach das System der Ergänzungsleistungen keine gesetzliche Handhabe für eine wie auch immer geartete «Lebensführungskontrolle» biete. Bei der Berechnung des Verzichtvermögens sei zwingend ein Vermögensverbrauch von mindestens 10 Prozent pro Jahr als zulässig anzusehen und demzufolge ausser Acht zu lassen.

4.3

4.3.1

Der Bund und die Kantone gewähren Personen, welche die Voraussetzungen nach den Artikeln 4-6 erfüllen, Ergänzungsleistungen zur Deckung ihres Existenzbedarfs (Art. 2 Abs. 1 ELG). Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben Personen, wenn sie über ein Reinvermögen unterhalb der Vermögensschwelle verfügen; diese bei Ehepaaren bei 200'000 Franken (Art. 9a Abs. 1 lit. b ELG). Vermögen, auf welches nach Artikel 11a Absätze 2-4 verzichtet wurde, gehört auch zum Reinvermögen nach Absatz 1 (Art. 9a Abs. 3 ELG).

4.3.2

Gemäss dem mit Wirkung seit 1. Januar 2021 aufgehobenen aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG (Stand am 1. Januar 2019) werden Einkünfte und Vermögenswerte, auf die verzichtet worden ist, als Einnahmen angerechnet. Der Tatbestand dieser Bestimmung ist erfüllt, wenn der Leistungsansprecher ohne rechtliche Verpflichtung oder ohne adäquate Gegenleistung auf Einkünfte oder Vermögen verzichtet hat. Dabei ist ein Verzicht nicht allein deswegen anzunehmen, weil jemand vor der Anmeldung zum Ergänzungsleistungsbezug über seinen Verhältnissen gelebt haben könnte; das System der Ergänzungsleistungen bietet keine gesetzliche Handhabe für eine wie auch immer geartete «Lebensführungskontrolle» (BGE 146 V 306 E. 2.3.1 m.w.H.). Das anrechenbare Vermögen ist nach den Grundsätzen der Gesetzgebung über die direkte kantonale Steuer für die Bewertung des Vermögens im Wohnsitzkanton zu bewerten (aArt. 17 Abs. 1 Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung [ELV; SR 831.301; Stand am 1. Juli 2020]). Der anzurechnende Betrag von Vermögenswerten, auf die verzichtet worden ist (aArt. 11 Abs. 1 Bst. g ELG), wird jährlich um 10'000 Franken vermindert. Der Wert des Vermögens im Zeitpunkt des Verzichtes ist unverändert auf den 1. Januar des Jahres, das auf den Verzicht folgt, zu übertragen und dann jeweils nach einem Jahr zu vermindern. Für die Berechnung der jährlichen Ergänzungsleistung ist der verminderte Betrag am 1. Januar des Bezugsjahres massgebend (aArt. 17a Abs. 1-3 ELV).

4.3.3

Die Anrechnung von Einkünften und Vermögenswerten, auf die verzichtet wurde, richtet sich seit dem 1. Januar 2021 nach Art. 11a ELG: Ein Vermögensverzicht liegt vor, wenn ab der Entstehung des Anspruchs auf eine Hinterlassenenrente der AHV beziehungsweise auf eine Rente der IV pro Jahr mehr als 10 Prozent des Vermögens verbraucht wurden, ohne dass ein wichtiger Grund dafür vorliegt. Bei Vermögen bis 100 000 Franken liegt die Grenze bei 10 000 Franken pro Jahr. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten; er bestimmt insbesondere die wichtigen Gründe. Bei Bezügerinnen und Bezügerern einer Altersrente der AHV gilt Absatz 3 auch für die 10 Jahre vor dem Beginn des Rentenanspruches (Art. 11a Abs. 3 und 4 ELG).

Artikel 11a Absätze 3 und 4 gilt nur für Vermögen, das nach Inkrafttreten dieser Änderung verbraucht worden ist (Abs. 3 Übergangsbestimmung zur Änderung vom 22. März 2019 [EL-Reform] ELG).

4.3.4

Wenn ein bedeutender Vermögensrückgang vorliegt und die EL-beziehende Person nicht nachweisen kann, wofür sie das Geld verwendet hat, ist grundsätzlich von einem Vermögensverzicht auszugehen. Verfügten die EL-beziehende Person und ihre Angehörigen in den Jahren, in denen der Vermögensrückgang stattgefunden hat, über ein genügendes Einkommen, entspricht die Höhe des Vermögensverzichts der Höhe des Vermögensrückgangs. Verfügten sie dagegen über ein ungenügendes Einkommen, entspricht der Vermögensverzicht lediglich der Differenz zwischen dem unbelegten Vermögensrückgang und dem Teil des Vermögens, der für den Lebensunterhalt aufgewendet werden musste. Das Einkommen gilt als genügend, wenn es höher ist als ein anwendbarer Pauschalbetrag für den Lebensunterhalt und als ungenügend, wenn es darunter liegt. Bei der Ermittlung des anwendbaren Pauschalbetrages und des Einkommens sind die EL-beziehende Person, ihr Ehegatte und diejenigen Kinder zu berücksichtigen, die zum Zeitpunkt, in dem sich der Vermögensverzicht ereignete, minderjährig waren oder sich in Ausbildung befanden und das 25. Altersjahr noch nicht vollendet hatten. Der Pauschalbetrag für den Lebensunterhalt wird ermittelt, indem der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf einer alleinstehenden Person nach Anhang 5.1 mit dem entsprechenden Faktor nach Anhang 8 multipliziert wird (Rz. 3532.09-12 Wegleitung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV [WEL], gültig ab 1. April 2011 [Stand 1. Januar 2023; <<https://sozialversicherungen.admin.ch/de/d/6930>>]).

4.4

Unbestrittenermassen sind vorliegend Vermögensreduktionen in den Jahren 2000 bis 2009 zu beurteilen gewesen. Eine Anwendung von Art. 11a ELG fällt gemäss Abs. 3 Übergangsbestimmung zur Änderung vom 22. März 2019 (EL-Reform) ELG ausser Betracht. Entsprechend fehlt es an einer Grundlage, einen zulässigen Vermögensverbrauch von mindestens 10 Prozent pro Jahr zu berücksichtigen. Diese neurechtliche Regelung basiert auf Art. 11a Abs. 3 ELG, einer auf den vorliegenden Sachverhalt nicht anwendbaren Bestimmung.

Massgeblich ist die altrechtliche Gesetzesnorm aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG (vorne E. 4.3.2). Ob ein massgeblicher Vermögensverzicht vorliegt, bestimmt sich demnach nach aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG, wobei zur Konkretisierung auf die Verwaltungsweisung Rz. 3532.09-12 WEL (vorne E. 4.3.4) abzustellen ist. Es ist unerheblich, dass sich die Weisung in dieser Fassung nicht auf aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG, sondern auf den erst per 1. Januar 2021 in Kraft getretenen Art. 11a Abs. 2 ELG bezieht. Die Verwaltungsweisung hat in diesem Punkt keine Änderung der bisherigen Praxis gemäss aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG zur Folge und kann entsprechend auch analog auf die altrechtliche Bestimmung angewendet werden (vgl. Urteil des Bundesgerichts 9C_667/2021 vom 17. Mai 2022 E. 7.2 f.). Sie stellt eine überzeugende Konkretisierung der rechtlichen Vorgaben zur Bemessung des Vermögensverzichts gemäss der bis 31. Dezember 2020 geltenden Rechtslage dar und kann deshalb berücksichtigt werden, ohne dass dies einer unzulässigen Anwendung noch nicht in Kraft getretenen Rechts gleichkommt. Dabei ist dem Beschwerdeführer der Nachweis offen gestanden, dass kein tatbeständlicher Vermögensverzicht vorlag bzw. er nicht ohne rechtliche Verpflichtung oder ohne adäquate Gegenleistung auf Vermögen verzichtet hat. Die rechtskonforme Anwendung von aArt. 11 Abs. 1 lit. g ELG auf den vorliegenden Sachverhalt stellt keine unzulässige «Lebensführungskontrolle» dar. Der Einwand des Beschwerdeführers ist unbegründet.

5.

5.1

Die Ausgleichskasse nahm im angefochtenen Einspracheentscheid – nach Würdigung der vom Beschwerdeführer im Einspracheverfahren neu geltend gemachten Auslagen (Ziffn. 1-7, S. 7-11) – folgende abzugsfähige Auslagen an (Zusammenfassung Ziff. 8, S. 11):

Jahr	Ausgaben (in Fr.)	Summe (in Fr.)
2000	18'206.55 + 41'000	59'205.55
2001	111'936.30 + 5'380 + 5'220 + 5026.63 + 3'773.45	131'336.38
2002	5'380 + 2'413 + 5'624 + 5'426.39 + 2'162 + 3'184.80	24'189.19
2003	98'468.60 + 75'000 + 2'462.75 + 7'232.70 + 11'449 + 500 + 3'730 + 12'146.83 + 3'605 + 5'701.24 + 2'369.52 + 2'715.79	225'381.43
2004	6'254.80 + 12'790.23 + 1'620 + 1'436.40 + 6'001.14 + 2'250.32 + 2'319.68	32'672.57
2005	13'833.89 + 1'620 + 1'436.40	16'890.29
2006	14'733.24 + 1'620 + 1'324	17'677.24
2007	1620 + 1'324	2'944.00
2008	7'918.53 + 3'860.76 + 3'439.85 + 1'620 + 1'324	18'163.14
2009	13'043.53 + 1'324	14'367.53

Die Ausgleichskasse erwog weiter, dass sich der Stand des Vermögens per Stichtag 31.12 des jeweiligen Jahres aus dem Wert der privaten Liegenschaften und den Wertschriftenguthaben abzüglich der privaten Schulden zusammensetze. Der unbelegte Vermögensrückgang betrage dementsprechend was folgt (Ziff. 9.1, S. 11 f.):

Jahr	Vermögensstand per	Vermögen (in Fr.)	Vermögensrückgang im laufenden Jahr (in Fr.)
1999	31.12.1999	1'293'664	-
2000	31.12.2000	875'462	418'202
2001	31.12.2001	612'918	262'544
2002	31.12.2002	299'369	313'549
2003	31.12.2003	0	299'369
2004	31.12.2004	491'558	-491'558 (kein Rückgang)
2005	31.12.2005	243'778	247'780
2006	31.12.2006	230'995	12'783
2007	31.12.2007	105'366	125'629
2008	31.12.2008	-6'285	111'651
2009	31.12.2009	224'109	-230'394 (kein Rückgang)

Das Einkommensdefizit ergebe sich aus dem Pauschalbetrag für den Lebensunterhalt (Rz. 3532.12 WEL) nach Abzug des Einkommens gemäss Steuerveranlagungen. Mit dem Einkommensdefizit werde der Fehlbetrag zur Deckung des Lebensunterhalts mittels Vermögens festgelegt. Ein Vermögensverzehr werde dadurch berücksichtigt (Ziff. 9.2, S. 12):

Jahr	Tatsächliches Einkommen (Renten-/Erwerbseinkommen und Vermögensertrag Vorjahr (in Fr.))	Pauschalbedarf für den Lebensunterhalt (5.3 x der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf einer alleinstehenden Person [vgl. Rz. 3532.12 WEL i.V.m. Anhang 8 WEL]; in Fr.)	Differenz (Einkommensdefizit; in Fr.)
2000	9'082	16'460 x 5.3 = 87'238	78'156
2001	62'898	16'880 x 5.3 = 89'464	26'566
2002	99'196	16'880 x 5.3 = 89'464	Kein Defizit
2003	42'438	17'300 x 5.3 = 91'690	49'252
2005	-6'279	17'640 x 5.3 = 93'492	99'771
2007	950	18'140 x 5.3 = 96'142	95'192
2008	3'941	18'140 x 5.3 = 96'142	92'201
2009	35'598	18'720 x 5.3 = 99'216	63'618

Die Höhe des Verzichts ergebe sich aus der Verrechnung des Vermögensrückgangs mit dem Defizit und den belegten Ausgaben. Hinzuzurechnen seien allfällige Pensionskassenbezüge (Ziff. 9.3, S. 12):

Jahr	Vermögensrückgang im laufenden Jahr (in Fr.)	Einkommensdefizit (in Fr.)	Belegte Ausgaben (in Fr.)	Kapitalbezug (in Fr.)	Vermögensverzicht aus unbelegtem Vermögensrückgang (Vermögensrückgang minus Einkommensdefizit und Ausgaben plus Kapitalbezug; in Fr.)
2000	418'202	78'156	59'205.55	-	280'840.45
2001	262'544	26'566	131'336.38	-	104'641.62
2002	313'549	Kein Defizit	24'189.19	-	289'359.81
2003	299'369	49'252	225'381.43	-	24'735.57
2005	247'780	99'771	16'890.29	-	131'118.71
2007	125'629	95'192	2'944.00	-	27'493.00
2008	111'651	92'201	18'163.14	57'590.60 (Säule 3a UBS)	58'277.46
2009	-230'394 (kein Rückgang)	63'618	14'367.53	326'795.35 (Lebensversicherung Winterthur) abzgl. Zinsbetrag	18'415.82

Zuletzt erwog die Ausgleichskasse, es seien die hiervor aufgeführten Verzichte aus unbelegtem Vermögensverbrauch entsprechend der Regelung von aArt. 17a ELV jährlich um Fr. 10'000.– zu reduzieren. Der Wert des Vermögens im Zeitpunkt des erstmaligen Verzichts (2000) sei dabei unverändert auf den 1. Januar des Jahres, das auf den Verzicht folgt, zu übertragen (demnach 2001) und dann jeweils nach einem Jahr zu vermindern (also erstmals ab 2002). Für die Berechnung der jährlichen Ergänzungsleistungen sei der verminderte Betrag

am 1. Januar des Bezugsjahres (2022) massgebend (vgl. aArt. 17a ELV, Rz. 3531.02 WEL [Ziff. 10, S. 12 f.]):

Jahr	Verzicht nach jährlicher Amortisation von Fr. 10'000 (in Fr.)	Berechnung (in Fr.)
2000	280'840.45	-
2001	385'482.07	280'840.45 + 104'641.62
2002	664'841.88	385'482.07 + 289'359.81 abzgl. 10'000 Amortisation
2003	679'577.45	664'841.88 + 24'735.57 abzgl. 10'000 Amortisation
2004	739'857.45	679'577.45 + 70'280 (Liegenschaftsverkauf) abzgl. 10'000 Amortisation
2005	860'976.16	739'857.45 + 131'118.71 abzgl. 10'000 Amortisation
2006	850'976.16	860'976.16 abzgl. 10'000 Amortisation
2007	868'469.16	850'976.16 + 27'493 abzgl. 10'000 Amortisation
2008	917'046.62	868'469.16 + 58'577.46 abzgl. 10'000 Amortisation
2009	925'462.44	917'046.62 + 18'415.82 abzgl. 10'000 Amortisation
2010	915'462.44	925'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2011	905'462.44	915'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2012	895'462.44	905'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2013	885'462.44	895'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2014	875'462.44	885'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2015	865'462.44	875'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2016	855'462.44	865'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2017	845'462.44	855'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2018	835'462.44	845'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2019	825'462.44	835'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2020	815'462.44	825'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2021	805'462.44	815'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2022	795'462.44	805'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation
2023	785'462.44	795'462.44 abzgl. 10'000 Amortisation

Die Ausgleichskasse schlussfolgert, der Vermögensverzicht betrage im Ergebnis per 1. Januar 2022 Fr. 795'462.44 und per 1. Januar 2023 Fr. 785'462.44. Der Verzichtsbeitrag liege damit – ohne Berücksichtigung allfälliger weiterer in den Jahren 2010-2022 erfolgten und bislang nicht überprüften Vermögensverzichte und allenfalls noch vorhandenen Vermögens – über der Vermögensschwelle von Fr. 200'000.–. Da die Vermögensschwelle überschritten worden sei, sei das Leistungsbegehren mit Verfügung vom 15. Februar 2023 zu Recht abgewiesen worden (Ziff. 11, S. 13).

5.2

Der Beschwerdeführer stellt sich in seiner Beschwerde (Ziff. 3.3, S. 9-15) unter Auflage weiterer Urkundenbeweise (BF-Bel. 2-15) auf den Standpunkt, es seien zusätzlich als abzugsfähige Auslagen zu berücksichtigen für das Jahr

- 2000: Fr. 9'572.40 (Prämien deutsche Krankenversicherung; BF-Bel. 4);
- 2000: Fr. 4'184.– (Prämien Kranken- und Unfallversicherung Ehemann; BF-Bel. 5);
- 2000: Fr. 1'436.– (Prämien Kranken- und Unfallversicherung Ehefrau; BF-Bel. 5);
- 2000: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2000: Fr. 36'029.– (Kauf PW; BF-Bel. 8);
- 2000: Fr. 19'715.50 (Kosten Wohnung Florida; BF-Bel. 15);
- 2001: Fr. 8'184.13 (Prämien deutsche Krankenversicherung; BF-Bel. 4);
- 2001: Fr. 1'436.– (Prämien Kranken- und Unfallversicherung Ehefrau; BF-Bel. 5);
- 2001: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2001: Fr. 2'312.50 (Kosten Kredit Coutts; BF-Bel. 9);
- 2001: Fr. 4'320.83 (Kosten Kredit Coutts; BF-Bel. 9);
- 2001: Fr. 3'968.50 (Kosten Wohnung Florida; BF-Bel. 15);
- 2002: Fr. 9'168.76 (Prämien deutsche Krankenversicherung; BF-Bel. 4);
- 2002: Fr. 1'436.– (Prämien Kranken- und Unfallversicherung Ehefrau; BF-Bel. 5);
- 2002: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2002: Fr. 1'739.65 (Kosten Kredit Coutts; BF-Bel. 9);
- 2002: Fr. 171.66 (Kosten Kredit Coutts; BF-Bel. 9);
- 2002: Fr. 3'968.50 (Kosten Wohnung Florida; BF-Bel. 15);
- 2003: Fr. 1'436.– (Prämien Kranken- und Unfallversicherung Ehefrau; BF-Bel. 5);
- 2003: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2003: Fr. 5'906.70 (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10);
- 2003: Fr. 4'543.70 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 11);
- 2003: Fr. 3'968.50 (Kosten Wohnung Florida; BF-Bel. 15);
- 2004: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2004: Fr. 73'051.– (Wertverlust Wohnung; BF-Bel. 7);
- 2004: Fr. 8'800.– (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10);
- 2004: Fr. 6'711.90 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 11);
- 2005: Fr. 49'992.– (Darlehenskosten; BF-Bel. 2);
- 2005: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);

- 2005: Fr. 8'800.– (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10);
- 2005: Fr. 8'546.90 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 12);
- 2006: Fr. 12'000.– (Reisekosten CH-USA; BF-Bel. 6);
- 2006: Fr. 8'800.– (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10);
- 2006: Fr. 890.65 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 12);
- 2006: Fr. 916.40 (Anwaltskosten; BF-Bel. 13);
- 2006: Fr. 1'750.– (Gerichtskosten; BF-Bel. 14);
- 2007: Fr. 15'223.96 (Prämien deutsche Krankenversicherung; BF-Bel. 4);
- 2007: Fr. 6'691.10 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 12);
- 2008: Fr. 5'831.35 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 3);
- 2008: Fr. 17'820.– (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10);
- 2009: Fr. 8'982.03 (Verlust Personengesellschaft C.__; BF-Bel. 3);
- 2009: Fr. 10'204.65 (Kosten Kredit CS; BF-Bel. 10).

Die weiteren Aspekte der Vermögensverzichtsrechnung der Ausgleichskasse beanstandet der Beschwerdeführer nicht.

Der Beschwerdeführer verlangt, es seien die abzugsfähigen Ausgaben unter Berücksichtigung der mit Beschwerde vorgebrachten Positionen neu zu ermitteln bzw. die Berechnung entsprechend neu vorzunehmen. Der Ergänzungsleistungsanspruch ab 1. September 2022 sei erneut zu prüfen.

5.3

Die einschlägigen Gesetzesgrundlagen wurden an anderer Stelle bereits erläutert (vgl. E. 4.3). Darauf wird verwiesen.

5.4

Ob die vom Beschwerdeführer hier nachträglich geltend gemachten Auslagen abzugsfähig sind, kann an dieser Stelle offenbleiben. Selbst wenn sämtliche Auslagepositionen zum Abzug zugelassen würden, resultierte für die Jahre 2022 bzw. 2023 ein Vermögensverzicht von Fr. 423'215.10 (2022) resp. Fr. 413'215.10 (2023).

Die hypothetische Berechnung sähe wie folgt aus:

Jahr	Ausgaben (in Fr.; <i>zusätzliche Ausgaben kursiv</i>)	Summe (in Fr.)
2000	18'206.55 + 41'000 + 9'572.40 + 4'184 + 1'436 + 12'000 + 36'029 + 19'715.50	142'143.45
2001	111'936.30 + 5'380 + 5'220 + 5026.63 + 3'773.45 + 8'184.13 + 1'436 + 12'000 + 2'312.50 + 4'320.83 + 3'968.50	163'558.34
2002	5'380 + 2'413 + 5'624 + 5'426.39 + 2'162 + 3'184.80 + 9'168.76 + 1'436 + 12'000 + 1'739.65 + 171.66 + 3'968.50	52'673.76
2003	98'468.60 + 75'000 + 2'462.75 + 7'232.70 + 11'449 + 500 + 3'730 + 12'146.83 + 3'605 + 5'701.24 + 2'369.52 + 2'715.79 + 1'436 + 12'000 + 5'906.70 + 4'543.70 + 3'968.50	253'236.33
2004	6'254.80 + 12'790.23 + 1'620 + 1'436.40 + 6'001.14 + 2'250.32 + 2'319.68 + 12'000 + 73'051 + 8'800 + 6'711.90	133'235.47
2005	13'833.89 + 1'620 + 1'436.40 + 49'992 + 12'000 + 8'800 + 8'546.90	96'229.19
2006	14'733.24 + 1'620 + 1'324 + 12'000 + 8'800 + 890.65 + 916.40 + 1'750	42'034.29
2007	1620 + 1'324 + 15'223.96 + 6'691.10	24'859.06
2008	7'918.53 + 3'860.76 + 3'439.85 + 1'620 + 1'324 + 5'831.35 + 17'820	41'814.49
2009	13'043.53 + 1'324 + 8'982.03 + 10'204.65	33'554.21

Jahr	Vermögensstand per	Vermögen (in Fr.)	Vermögensrückgang im laufenden Jahr (in Fr.)
1999	31.12.1999	1'293'664	-
2000	31.12.2000	875'462	418'202
2001	31.12.2001	612'918	262'544
2002	31.12.2002	299'369	313'549
2003	31.12.2003	0	299'369
2004	31.12.2004	491'558	-491'558 (kein Rückgang)
2005	31.12.2005	243'778	247'780
2006	31.12.2006	230'995	12'783
2007	31.12.2007	105'366	125'629
2008	31.12.2008	-6'285	111'651
2009	31.12.2009	224'109	-230'394 (kein Rückgang)

Jahr	Tatsächliches Einkommen (Renten-/Erwerbseinkommen und Vermögensertrag Vorjahr (in Fr.))	Pauschalbedarf für den Lebensunterhalt (5.3 x der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf einer alleinstehenden Person [vgl. Rz. 3532.12 WEL i.V.m. Anhang 8 WEL]; in Fr.)	Differenz (Einkommensdefizit; in Fr.)
2000	9'082	16'460 x 5.3 = 87'238	78'156
2001	62'898	16'880 x 5.3 = 89'464	26'566
2002	99'196	16'880 x 5.3 = 89'464	Kein Defizit
2003	42'438	17'300 x 5.3 = 91'690	49'252
2005	-6'279	17'640 x 5.3 = 93'492	99'771
2007	950	18'140 x 5.3 = 96'142	95'192
2008	3'941	18'140 x 5.3 = 96'142	92'201
2009	35'598	18'720 x 5.3 = 99'216	63'618

Jahr	Vermögensrückgang im laufenden Jahr (in Fr.)	Einkommensdefizit (in Fr.)	Belegte Ausgaben (in Fr.)	Kapitalbezug (in Fr.)	Vermögensverzicht aus unbelegtem Vermögensrückgang (Vermögensrückgang minus Einkommensdefizit und Ausgaben plus Kapitalbezug; in Fr.)
2000	418'202	78'156	142'143.45	-	197'902.55
2001	262'544	26'566	163'558.34	-	72'419.66
2002	313'549	Kein Defizit	52'673.76	-	260'875.24
2003	299'369	49'252	253'236.33	-	-
2005	247'780	99'771	96'229.19	-	51'779.81
2007	125'629	95'192	24'859.06	-	5'577.94
2008	111'651	92'201	41'814.49	57'590.60 (Säule 3a UBS)	35'226.11
2009	-230'394 (kein Rückgang)	63'618	33'554.21	326'795.35 (Lebensversicherung Winterthur) abzgl. Zinsbetrag	9'433.79

Jahr	Verzicht nach jährlicher Amortisation von Fr. 10'000 (in Fr.)	Berechnung (in Fr.)
2000	197'902.55	-
2001	270'322.21	197'902.55 + 72'419.66
2002	521'197.45	270'322.21 + 260'857.24 abzgl. 10'000 Amortisation
2003	511'197.45	521'197.45 abzgl. 10'000 Amortisation
2004	501'197.45	511'197.45 abzgl. 10'000 Amortisation
2005	542'977.26	501'197.45 + 51'779.81 abzgl. 10'000 Amortisation
2006	532'977.26	542'977.26 abzgl. 10'000 Amortisation
2007	528'555.20	532'977.26 + 5'577.94 abzgl. 10'000 Amortisation
2008	553'781.31	528'555.20 + 35'226.11 abzgl. 10'000 Amortisation
2009	553'215.10	553'781.31 + 9'433.79 abzgl. 10'000 Amortisation
2010	543'215.10	553'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2011	533'215.10	543'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2012	523'215.10	533'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2013	513'215.10	523'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2014	503'215.10	513'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2015	493'215.10	503'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2016	483'215.10	493'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2017	473'215.10	483'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2018	463'215.10	473'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2019	453'215.10	463'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2020	443'215.10	453'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation

2021	433'215.10	443'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2022	423'215.10	433'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation
2023	413'215.10	423'215.10 abzgl. 10'000 Amortisation

Jedenfalls würde die Vermögensschwelle von Fr. 200'000.– selbst dann überschritten, wenn alle vom Beschwerdeführer geltend gemachten Auslagen zum Abzug zugelassen würden. Die Gewährung von Ergänzungsleistungen fällt bereits aus diesen Gründen ausser Betracht.

6.

Der angefochtene Einspracheentscheid vom 15. Juni 2023 erweist sich im Ergebnis als rech-
tens. Die dagegen erhobene Beschwerde ist unbegründet und demzufolge abzuweisen.

7.

Das Beschwerdeverfahren ist kostenlos (Art. 61 lit. f^{bis} ATSG und Art. 18 Prozesskostengesetz [PKoG; NG 261.2]). Bei diesem Verfahrensausgang besteht kein Anspruch auf Parteientschädigung (Art. 61 lit. g ATSG).

Demgemäss erkennt das Verwaltungsgericht:

1. Die Beschwerde vom 10. Juli 2023 wird abgewiesen.
2. Es werden keine Gerichtskosten erhoben.
3. Es wird keine Parteientschädigung zugesprochen.
4. [Zustellung].

Stans, 20. November 2023

VERWALTUNGSGERICHT NIDWALDEN

Sozialversicherungsabteilung

Die Vizepräsidentin

lic. iur. Barbara Brodmann
Der Gerichtsschreiber

MLaw Silvan Zwysig

Versand: _____

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen seit Zustellung beim Schweizerischen Bundesgericht, Schweizerhofquai 6, 6004 Luzern, Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten eingereicht werden (Art. 82 ff. i.V.m. Art. 90 ff. BGG). Die Beschwerde hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten; der angefochtene Entscheid sowie die als Beweismittel angeführten Urkunden sind beizulegen, soweit die Partei sie in Händen hat (Art. 42 BGG). Für den Fristenlauf gilt Art. 44 ff. BGG.